



Solidarität ist eine Waffe

An der wenig

Situation der Flüchtlinge hat sich in den letzten Jahren nur zum Positiven gewendet und das auch nur, weil durch die **Selbstorganisation der Flüchtlinge** der nötige Druck auf die Politik entstand, so dass zum Beispiel die Reisenzpflicht diskutiert werden musste und in allen Bundesländern außer Thüringen, Sachsen und Bayern zumindest zugunsten einer landesweiten Bewegungsfreiheit gelockert wurde. Nur langsam wird einer breiteren Öffentlichkeit die prekäre Situation vieler Flüchtlinge bewusst und zu oft wird dabei immernoch ausgeblendet, dass die Ursachen von Flucht und Vertreibung nicht im Kontext nationaler Politiken zu finden sind, sondern vor allem mit globalen Faktoren wie **Neokolonialismus, Kriegspolitik und ausbeuterischem Kapitalismus** zusammenhängen. Fakt ist: die allermeisten Flüchtlinge kommen aus Kriegs- und Krisengebieten. Sie haben Familienmitglieder verloren, Hunger leiden müssen oder waren politischer Verfolgung ausgesetzt. Ihre Geschichte, ihr Leid, ihre Erfahrungen können "wir" nicht einmal ansatzweise nachvollziehen. Es ist daher anmaßend und rassistisch, diesen Menschen ihr Grundrecht auf Asyl abzusprechen, indem ihnen diese Fluchtgründe in Abrede gestellt werden. Nicht zuletzt auch die Bundesrepublik hat hier eine historische Verpflichtung zu wahren und auch gerade als drittgrößter Waffenexporteur und aktiver Kriegsmacht in vielen "Krisengebieten" erwächst hier die Pflicht zur Verantwortung.

Wir vergessen nicht...

Rassismus ist kein Charakteristikum vermeintlicher politischer Ränder. Es ist ein Problem, welches ebenso in der sogenannten "Mitte der Gesellschaft" beheimatet ist. Genau darum muss konsequent gegen rassistische Vorurteile und Ressentiments vorgegangen werden und auch über 2013 hinaus muss immer wieder daran erinnert werden, welche Rolle die Exekutivorgane der Bundesrepublik sowie Teile ihrer parlamentarischen Akteur_innen dabei ausfüllen und ausfüllten. So wollen wir einerseits daran erinnern, dass die SPD vor 20 Jahren "eingeknickt" ist und den Plänen von CDU und FDP zustimmte, den Artikel 16 des Grundgesetzes zu novellieren und das Recht auf Asyl faktisch abzuschaffen. Wir werden niemals vergessen, wer für dieses Unrecht verantwortlich war und ist. Und genauso werden wir niemals Solingen vergessen. **Am 25. Mai möchten wir Hülya Genç (9), Gülüstan Öztürk (12), Hatice Genç (18), Gürsün İnce (27), Saime Genç (4) und allen anderen Todesopfern rechter und rassistischer Gewalt gedenken** und dabei klar machen, dass Verantwortung nicht nur jene tragen, die den Brandsatz werfen! Kein Vergeben, kein Vergessen! Für offene Grenzen, die Abschaffung aller rassistischen Sondergesetze für Flüchtlinge und die Wiedereinführung des uneingeschränkten Grundrechtes auf politisches Asyl!



20

J
A
H
R
E

A
S
Y
L
K
O
M
P
R
O
M
I
S
S

ALS DER STAAT DEM
BRANDSCHATZENDEN
MOB RECHT GAB
UND DAS GRUND-
RECHT AUF ASYL
ABSCHAFFTE



linksjugend
['solid] 
Sachsen-Anhalt